

Müşahid 5 Kuruluş
ARON
 Dahil İhtiva: Aylık 175, Ocak aylık 475, altı aylık 950, bir senelik 15 lira.
 Harici İhtiva: Aylık 25 R. Ocak aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabill (Posta ücreti dahil olmak üzere).
İLANAT
 1. Sahifede: santimetresiz 100 Kurus.
 2. 1. Sahifede: 75
 3. 2. Sahifede: 50
 4. 3. Sahifede: 30
 Karşılıklı: 100 Kurus.
 Teknik Cadeşi No 585ve 587
 Telgraf adresi: Türkpost
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210
 Posta Kutusu: Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grosch
BEZUGSPREIS
 Inland: 1 Monat 175 T. Pld. 3 Monate 475 T. Pld. 6 Monate 950 T. Pld. 12 Monate 1500 T. Pld. Ausland: 1 Monat 5 R. Mark, 3 Monate 13 R. Mark, 6 Monate 25 R. Mark oder Gegenwert, alles einschließlich Porto Inland: 1 Seite 1 cm 100 Grosch, 2 Seite 75 Grosch, 3 Seite 50 Grosch, 4 Seite 30 Grosch.
(INLANDSPREIS)
 Geschäftsleitung:
 Tekke-Strasse Nr. 585-587
 Drahtanschr.: Türkpost
 Permis: Pera 209 u. 210
 Postfach: Galata 209.

5 Jahrgang Nr. 174

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Freitag, 27. Juni 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Vom Tage.

In dieser Zeit der Anhäufung politischer Sensationen hat man beinahe vergessen, dass erst vor einigen Monaten in Genf mit grossem Tamtam und Gepolter die sogenannte Zollwaffenstillstands-Konferenz ihr Wesen getrieben hat, eine Konferenz, die schon mehrere Leitartikel wert wäre, wenn nicht das Gebiet etwas abseits läge und nicht jeder Tag neue noch auffallendere Begebenheiten liefern würde. Nahezu 20 Staaten haben sich in Genf zusammengefunden, um — so lautete das Programm — zunächst einmal die unmässigen Zölle Europas abzuschaffen. Die Konferenz tagte in Permanenz, man bildete Kommissionen und Unterkommissionen, man redete und plante, aber man musste es immer wieder erleben, dass gerade die Staaten, die am wenigsten am Aufbau Europas mitgearbeitet hatten, eine Riesenliste von Ausnahmen anmeldeten. Allen voran natürlich Polen und die Tschechoslowakei. Als die Konferenz zu scheitern drohte, half wieder einmal das grosse taktische Talent der Franzosen. Man kam zu einer Konvention über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote. Das Ergebnis war zwar reichlich mager, aber, da man noch weniger erwartet hatte, gab es doch zufriedene Gesichter. Der Beifall der Unentwegten, die stets nach dem Genfer Podium schielen, war auch recht lebhaft. Leider sind aber Versprechungen und Erfüllung zwei Dinge. Deutschland hatte mit Rückwirkung von Jahresbeginn ab die Konvention in Kraft gesetzt, andere Staaten zögerten. Es ist daher nur eine Selbstverständlichkeit, dass jetzt Deutschland die Weiterverlängerung der Konvention über das erste Probejahr hinaus von der Annahme und Anwendung der Konvention durch Polen und die Tschechoslowakei abhängig macht. Da Polen nunmehr endgültig

Bei festem Bezug
 der „Türkischen Post“ erhalten unsere geschätzten Stambuler Leser das Blatt frühmorgens durch Boten in die Wohnung oder ins Geschäft zu gestellt. Bis auf weiteres umfasst unser Botendienst die Geschäftsviertel von Stambul und Galatz, Pera einschließlich Harbiyeviertel, Ayas Pascha und Fındıklı.

die Konvention abgelehnt hat, wohl deshalb, um gegen den deutschen Nachbar vollkommen freihändig zu bekommen, so wird die Konvention, die nur noch in fünf Staaten in Kraft ist, bald ihren letzten Atemzug getan haben. Das wäre dann das Ende eines der grössten „positiven“ Arbeiten, die Genf je geleistet hat. Ein grosser Aufwand und kein Nutzen.

Nachgerade scheinen sich die Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze Balkanstaaten zu nähern. Vergeht doch kaum eine Woche, in der man nichts von einer neuen Schiesserei zwischen deutschen und polnischen Grenzposten zu hören bekommt. Soll man sich darob wundern, da man ja weiss, wie gefährlich die unerträgliche Grenzziehung die Ruhe Europas bedrohen muss. Kennzeichnend für alle diese Grenzzwischenfälle ist die Tatsache, dass es nicht die Deutschen sind, die den Streit suchen, sondern die Polen. Die Ueberfliegungen deutschen Gebietes durch polnische Militärflieger, die Schiesserei bei Neuhöfen, die Verhaftung eines Ehepaars und zweier Mädchen und jetzt wieder der Feuerangriff eines polnischen Zollbeamten auf einen deutschen Zollbeamten — das alles fügt sich zu einer einzigen Kette, die ein gewisses System aufweisen lässt. Bei dem letzten Vorfall dürfte die Schuldfrage wohl keinen besonderen Streit auslösen. Der polnische Zollbeamte befand sich unabstreitbar auf

Gestriger Schluss-Kurs:
 1 Reichsmark = 50.78 Piaster.

Der Finanzsachverständige.

Ankara, 26. Juni
 Der Finanzsachverständige Rist besuchte gestern den Ministerpräsidenten mit dem er eine mehr als einstündige Unterredung hatte. Der Inhalt der Unterredung handelte über den Bericht des Sachverständigen. Der Finanzsachverständige Rist hat gestern seinen Bericht überreicht und wird heute wieder Ankara verlassen.

Die gestrige Sitzung des Ministerrats hat sich, wie verlautet, mit den Finanzangelegenheiten beschäftigt.

Eine Eisenbahnverbindung

Irak - Haifa?
 Kairo, 26. Juni (A.A.)
 Aus Alexandrien wird gemeldet, daß König Faisal vom Irak der mit einem Flugzeug von Bagdad hier eingetroffen ist, Pressevertretern gegenüber erklärte, daß er in Europa das Projekt einer Eisenbahnverbindung nach Haifa besprechen werde.

Palästinensische Ein- und Auswanderung.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)
 Jaffa, 26. Juni
 Während des April sind in Palästina 592 Personen (521 Juden, 63 Christen, 8 Mohammedaner) eingewandert. Die Auswanderung belief sich auf 218 Personen (111 Juden, 50 Christen, 57 Mohammedaner). Von diesen waren 101 (21 Juden, 27 Christen, 53 Mohammedaner) palästinensische Staatsbürger.

Mißglückter Transoceanflug.

Newyork, 26. Juni
 Das bekannte Flugzeug „Kreuz des Südens“ mußte beim Versuch den Ozean von Osten nach Westen zu überfliegen in Neufundland niedergehen, bevor es sein Ziel erreichte. Stürme und Gegenwinde verhinderten das Flugzeug am Weiterflug.

deutschem Gebiet. Er trug Zivilkleidung und zögerte keinen Augenblick zu schießen, als er des deutschen Postens ansichtig wurde. Welchen Zweck die Polen mit dieser Art „Propaganda“ verfolgen, ist nicht klar zu ersehen. Vielleicht dienen die Reibereien nur der Absicht, der Weltöffentlichkeit das deutsch-polnische Zusammenleben offenkundig zu machen, um so eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen, die selbstverständlich Polen eine noch günstigere Grenzziehung zu billigen müsste, wie die, die der Versailler Friedensvertrag gezogen hat.

Die Federal Reserve Bank in New York, die amerikanische Staatsbank, hat den Diskont gestern von 2 1/2 auf 2 Prozent herabgesetzt. Wie andere europäische Banken ist auch die Reichsbank diesem Vorgehen gefolgt und hat ihrerseits den Diskont von 4 1/2 auf 4 Prozent herabgesetzt. Wir haben jetzt so niedrige Diskontsätze erreicht, wie man sie für die Wirtschaft immer nur wünschen kann. Aber können wir von dieser Entwicklung des Kapitalmarktes tatsächlich befriedigt sein? — Wir haben uns noch immer nicht in genügender Masse daran gewöhnt, den Geldmarkt grundsätzlich von dem Kreditmarkt zu trennen. Gewiss, Wechsel werden zu ausserordentlich billigen Sätzen diskontiert und kurzfristiges Geld gibt es, das zeigt der niedrige Diskontsatz, in genügender Masse. Gar nicht hat diese Diskontsenkung leider zu tun mit einer Belebung des langfristigen Kreditmarktes, er ist immer noch — einer der stärksten Gründe unserer Wirtschaft — und Finanznot — eingetroffen und harret nach der günstigen Aufnahme der deutschen Tranche aus der Younganleihe noch immer seiner Belebung. Wie aus amerikanischen Wirtschaftskreisen zuverlässig berichtet wird, hat diese Diskontsenkung, der ja Europa folgen musste, vor allem politische Motive. Man wollte den starken Unwillen des amerikanischen Handels gegen die nunmehr verabschiedete amerikanische Zolltarifnovelle durch eine Geste besänftigen.

Athen hat ratifiziert.

Große Stimmenmehrheit.

Athen, 26. Juni (A.A.)
 Die Kammer ratifizierte heute mit 191 gegen 19 Stimmen das türkisch-griechische Abkommen.

Die Debatte in der griechischen Kammer.

Nach Meldungen griechischer Blätter war der letzte Teil der Kammerdebatte über das türkisch-griechische Abkommen ausserordentlich erregt. Besonders die scharfe Sprache von Kafandaris und Kondilis trugen hierzu bei. Kafandaris forderte eine Revision zu Gunsten der Austauschbaren. Kondilis gebrauchte äusserst heftige Worte gegen Weniselos. In Mitten des allgemeinen Tumults bestieg dann Weniselos die Tribüne zu seiner etwa 4 Stunden dauernden Rede für die Ratifizierung des Abkommens. Er wies insbesondere auf die Notwendigkeit der Ratifizierung hin, damit möglicherweise in der Zukunft auftretende unangenehme Folgenungen ausbleiben. Nach der Rede des Ministerpräsidenten nahmen die Oppositionsführer nochmals das Wort und gaben schliesslich eine allgemeine Erklärung ab. Die Erklärung enthielt folgende 5 Punkte:

1. Für die Nichtdurchführung des Austauschvertrages sei entgegen der Behauptung des Ministerpräsidenten nicht Griechenland sondern die Türkei verantwortlich.
2. Selbstverständlich müsse ein Abkommen mit der Türkei geschlossen werden, doch unter weit günstigeren Bedingungen.

Wie die Moskauer Spionage arbeitet.

Paris, 26. Juni
 Wie aus Athen gemeldet wird, ist den dortigen Behörden gelegentlich der letzten Kommunistenverhaftungen ein geheimes Rundschreiben des Athener Agenten der kommunistischen internationale, Oskar Müller, an alle griechischen Parteimitglieder in die Hände gefallen. Das Schreiben hat folgenden Inhalt:

- „Lieber Genosse!
 Bitte veranlassen Sie das Zentralbüro für antimilitärische Propaganda, uns im Laufe eines Monats Mitteilung über folgende Fragen zu beschaffen:
 1. Zahl der Luftstreitkräfte zu Wasser und zu Lande.
 2. Angaben über Organisation, Stellung und Bewegung der Artillerie des III. Korps.
 3. Angaben bezüglich der in den griechischen Häfen durchgeführten militärischen Schutzmassnahmen.
 4. Um die Durchführung unserer Aufgaben sicher zu stellen, ist es unbedingt notwendig, einen militärischen Nachrichtendienst zu organisieren. Jedes Büro der antimilitärischen Propaganda muss zu diesem Zweck ein besonderes Komitee bilden, das die Bewegungen der Armee und der Flotte zu beobachten hat.
 Die Organisation soll ihr Interesse folgenden Städten zuwenden (folgenden griechischen Städtenamen). Obige Zellen müssen über zuverlässige und streng kontrollierte Nachrichten verfügen.“

Ich nehme an, dass es Ihnen möglich sein wird, die nötigen Feststellungen zu machen, ohne durchblicken zu lassen, dass Sie für das Kriegskommissariat arbeiten.“

Verhaftung eines Griechen in Paris

Paris, 26. Juni (A.A.)
 Hier wurde der Grieche Demetrios Janagoulakis unter dem Verdacht des Waffenschmuggels verhaftet. Janagoulakis wurde bereits im Jahre 1920 der Pariser Polizei gemeldet, als er beauftragt gewesen sollte, „ein Attentat auf Weniselos zu machen. Seinerzeit wurde er verhaftet bevor er noch das Attentat ausführen konnte. Auf dem Transport nach Griechenland floh er. Es wird ihm weiter zur Last gelegt, im Jahre 1921 in Frankreich zahlreiche Betrügereien begangen zu haben.“

Der Marsch der Lappolente nach Helsingfors.

Helsingfors, 26. Juni.
 Der Marsch der 50 000 antikommunistischen Lappolente ist nun, nachdem gestern eine Unterredung der antikommunistischen Führer in Lapua stattgefunden hat, eine beschlossene Sache; in 25 Extrazügen, in Automobilen und zu Fuss soll der Marsch durchgeführt werden, an dem sich jedoch nur die Alten beteiligen werden, die Jungen sollen zu Hause bleiben, um die Höfe gegen etwaige Ueberfälle der Kommunisten zu verteidigen. Die Lappolente werden zum Teil in Helsingforser Kasernen, zum Teil in einem Zeltlager an der Peripherie der Stadt untergebracht werden. Die von Lapua ausgehende „Lappobewegung“ ist zu einer mächtigen Volksbewegung angewachsen, die der schwachen Regierung Kallio (Bund der kleinen Landwirte) ihren Willen aufzwingt. Die Lappolente verfügen über Geld, Waffen, Munition, Automobile, ja selbst über Flugzeuge und vor allem genossen sie die Sympathie der bürgerlichen Volksmasse. Die Parteiführer werden sich auf die Dauer der Volksstimmung nicht verschliessen können. Der Präsident des finnischen Reichstages Paavo Wickkunen (vereinigte Rechte) ist bereits offen zu den Lappolenten übergegangen und hat erklärt: wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Der Führer der Lappobewegung Vihtori (Viktor) Kosula wird allgemein als der kommende Mann Finnlands bezeichnet. Das Land fiebert vor Erregung, in der nächsten Woche wird die Entscheidung fallen. In der Zwischenzeit haben die Lappolente den kommunistischen Abgeordneten Kalle (Karl) Kulman im Auto entführt, ihn jedoch wieder freigelassen, nachdem sich Kulman schriftlich dazu verpflichtet, der kommenden Parlamentssession fern zu bleiben.

Phokas erklärt.

Der Präsident der griechischen Delegation bei der Gemischten Austauschkommission Phokas erklärte Tewfik Kiamil Bey, daß das Abkommen in der griechischen Kammer ratifiziert worden sei, daß er jedoch noch keine amtliche Mitteilung darüber erhalten habe. Die Kommission wird ihre Tätigkeit nach Eingang der amtlichen Mitteilung aus Athen aufnehmen.

Um die Klagemauer.

Jerusalem, 26. Juni (A.A.)
 Dem gegenwärtig in Genf tagenden Mandatsausschuß des Völkerbundes, der sich mit der Angelegenheit der Klagemauer in Jerusalem beschäftigte, hat Dr. Eliahs heute ein Memorandum unterbreitet, welches den jüdischen Standpunkt in dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringt. In Bezug auf die Befürchtungen der Mohammedaner, daß die Juden nach dem Besitz der Heiligen Stätten streben, erklärte das Memorandum, daß die Juden alles, was in ihrer Macht stehe, getan hätten, um diesen völlig unbegründeten Gedanken zu widerlegen. Die Juden wünschen nicht die Frage zu diskutieren, wem die Klagemauer eigentlich gehöre, den Mohammedanern oder den Juden. Die Juden fordern nichts anderes als das Recht, ihre religiösen Gebräuche und Uebungen an diesem Heiligen Orte abzuhalten.

Tsinanfu von den Nankingtruppen geräumt.

London, 26. Juni (A.A.)
 Aus Peking wird gemeldet, daß die Nankingtruppen begonnen haben Tsinanfu zu räumen. Man erwartet die Besetzung der Stadt durch Nordtruppen im Laufe des heutigen Tages.

Letzte Telegramme.

Außenpolitische Debatte im Reichstag

Berlin, 26. Juni
 Der Reichstag trat heute in die Debatte über den Haushalt des Reichsaussenministers ein. Dabei sprachen sich die Redner der Regierungsparteien durchweg für den gegenwärtigen Kurs der Außenpolitik aus. Uebereinstimmend kritisierten alle Redner die neuesten englischen Maßnahmen bezüglich des ehemaligen Deutsch-Ostafrika. Das Memorandum Briands wurde gleichfalls fast allgemein als Instrument zur Erhaltung des status quo in Europa bezeichnet. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Reichsfinanzminister Dietrich.

Berlin, 26. Juni
 Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident den Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister. Die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums werden vorläufig vom Staatssekretär Dr. Trendelenburg geführt.

Zur Streikbewegung in Sevilla.

Sevilla, 26. Juni (A.A.)
 Der Generalstreik beginnt abzuflauen. Die Arbeiter in den Militärfabriken, in den Tabakfabriken und in verschiedenen anderen Werken haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Die Polizei hat an verschiedenen Stellen der Stadt die Streikenden, die eine Demonstration zu veranstalten versuchten, auseinandergetrieben. Die sozialistischen Abgeordneten des Stadtrates erklärten, daß ausländische Sozialisten und Kommunisten den Streik verursacht hätten.

Die Unruhen in Bolivien.

Buenos Aires, 26. Juni (A.A.)
 Die neuesten Meldungen von der bolivianischen Grenze besagen, daß die Lage in Bolivien sehr ernst ist. Im Verlaufe von Demonstrationen in La Paz, die gegen den General Lesja gerichtet waren, machten die Truppen von ihrer Waffe Gebrauch. Es werden 30 Tote und mehr als 100 Verletzte gemeldet. Zahlreiche Verhaftungen und Verschickungen sollen vorgenommen worden sein.

Indien, Asien und die Weltpolitik.

Von Dr. Friedrich Otte, Professor a.D. Reichsuniversität Peking

Kaum war der Seeweg nach Indien entdeckt worden, da setzten sich die Portugiesen, dann Holländer, später Engländer (1616), Dänen und Franzosen in Britisch-Indien fest. Es waren Handelskompanien, die dort nicht nur ihre Geld- und Warengeschäfte, sondern in immer steigendem Masse auch politische Geschäfte besorgten. Die Holländer, anfangs die hartnäckigsten Gegner der Briten, wurden nach der südlichen Inselwelt abgedrängt, wo sie heute noch sitzen; zwischen Franzosen und Engländern aber entspann sich ein Kampf, den Friedrich der Grosse für die Engländer in Europa gewann. Mögen sich die Inder vergeben, aber absichtlich haben es die Preussen nicht getan, denn die Briten liessen den Grossen Friedrich bekanntlich schleimig sitzen, nachdem sie ihre Beute durch den Pariser Frieden 1763 sichergestellt hatten. Seitdem herrschten sie unbeschränkt in Indien. Der indische Aufstand in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde blutig niedergeschlagen, aber England übernahm nunmehr Indien als Kronkolonie 1858, womit die letzten Reste der eigentlichen „Händlerherrschaft“ verschwanden. Die Zusammenhänge „Weltpolitik und Indien“ unter Vermittlung des Handels bestanden also von Anfang an. Die hypothetischen Künste indischer Fakire, die ja Tausende unter Suggestion stellen können, wie es so heisst, haben bisher noch nicht vermocht, auch nur ein englisches Regiment, geschweige denn den straff organisierten anglo-indischen Zivildienst aus Indien hinaus zu hypnotisieren. Es scheint also mit dieser Zauberkraft doch nicht allzu weit her zu sein.

Die Verflechtung der indischen Politik mit der Weltpolitik trat gegen Ende des letzten Jahrhunderts wieder stärker hervor, und zwar in Asien. Grossbritannien greift ja stets, sobald die Gelegenheit günstig ist, den gefährlichsten Gegner an. Damals war es Russland.

Die Japaner taten England den Gefallen und besiegten 1905 Russland. Im Sinne der politischen Taktik war das ein englischer Sieg, moralisch war es eine erste europäische Niederlage; Japans Sieg war ein asiatischer Sieg. Hierauf folgten die ersten, sehr zaghaften indischen Bewegungen für verstärkte aktive Teilnahme der Inder am indischen Geschehen. England antwortete zunächst mit der Knebelung der öffentlichen Meinung durch ein Pressegesetz von 1910, das im Februar dieses Jahres dann angesichts der wachsenden „Unbotmässigkeit“ der indischen Presse wieder herangezogen und am 28. April durch 19 Zensurparagrafen verstärkt wurde. Das half damals wenig und wird jetzt wenig helfen. Der Weltkrieg führte zu einem neuen Aufblühen der Inder. 1917, als die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg gegen Deutschland eintraten und den Philippinen wieder einmal feierlichst baldige Unabhängigkeit verkündeten, als auch den Chinesen, die mit in den Krieg hinein mussten, die Aufhebung der Siegereverträge versprochen wurde, da rechte Grossbritannien die Hand zum Himmel empor und versprach Selbstregierung (Swaraj)! Ob das ganz ernst gemeint war? Auf alle Fälle nahmen es die Inder ernst, und die sogenannte öffentliche Weltmeinung, die ja jetzt mehr von Newyork als von London aus gebraut wird, nimmt es auch ernst. Leider ging der diesmalige Kampf in Europa nämlich nicht ganz so aus, wie anno 1756 bis 1763 der Siebenjährige Krieg Friedrichs des Grossen: Erstens kämpfte Grossbritannien gegen die Deutschen und die Siege blieben aus, nicht aber die Niederlagen. Und dann mussten deshalb eben etwa ab 1916 die Inder und ab 1917 die Amerikaner helfen. Grossbritannien konnte nicht früher Frieden schliessen und seinen Bundesgenossen sitzen lassen, und so wollte es die Ironie der Geschichte, dass dasselbe Deutschland, das ehemals